

Legitimation des Atomstaates durch Römer 13, 1 - 7

Zentralismus: Kirche = Obrigkeit

Eine Dokumentation zum Zusammenhang von
Kirche, Nationalsozialismus und Energiewirtschaft

Ulrich Jochimsen



"Das Verhängnis" frei nach A. Paul Weber

Zum Gedenken an Paul Celan und Kurt Gerstein

Schwarze Milch der Frühe wir trinken sie abends
wir trinken sie mittags und morgens wir trinken sie nachts
wir trinken und trinken
wir schaufeln ein Grab in den Lüften da liegt man nicht eng
Ein Mann wohnt im Haus der spielt mit den Schlangen der schreibt
der schreibt wenn es dunkelt nach Deutschland dein goldenes Haar Margarete
er schreibt es und tritt vor das Haus und es blitzen die Sterne er pfeift seine Rüden herbei
er pfeift seine Juden hervor läßt schaufeln ein Grab in der Erde
er befiehlt uns spielt auf nun zum Tanz

Schwarze Milch der Frühe wir trinken dich nachts
wir trinken dich morgens und mittags wir trinken dich abends
wir trinken und trinken
Ein Mann wohnt im Haus der spielt mit den Schlangen der schreibt
der schreibt wenn es dunkelt nach Deutschland dein goldenes Haar Margarethe
Dein aschenes Haar Sulamith wir schaufeln ein Grab in den Lüften da liegt man nicht eng
Er ruft stecht tiefer ins Erdreich ihr einen ihr andern singet und spielt
er greift nach dem Eisen im Gurt er schwingts seine Augen sind blau
stecht tiefer die Spaten ihr einen ihr andern spielt weiter zum Tanz auf

Schwarze Milch der Frühe wir trinken dich nachts
wir trinken dich mittags und morgens wir trinken dich abends
wir trinken und trinken
ein Mann wohnt im Haus dein goldenes Haar Margarethe
dein aschenes Haar Sulamith er spielt mit den Schlangen

Er ruft spielt süßer den Tod der Tod ist ein Meister aus Deutschland
er ruft streicht dunkler die Geigen dann steigt ihr als Rauch in die Luft
dann habt ihr ein Grab in den Wolken da liegt man nicht eng

Schwarze Milch der Frühe wir trinken dich nachts
wir trinken dich mittags der Tod ist ein Meister aus Deutschland
wir trinken dich abends und morgens wir trinken und trinken
der Tod ist ein Meister aus Deutschland sein Auge ist blau
er trifft dich mit bleierner Kugel er trifft dich genau
ein Mann wohnt im Haus dein goldenes Haar Margarethe
er hetzt seine Rüden auf uns er schenkt uns ein Grab in der Luft
er spielt mit den Schlangen und träumet der Tod ist ein Meister aus Deutschland

dein goldenes Haar Margarethe
dein aschenes Haar Sulamith

Paul Celan

Wir müssen das Böse dort angreifen, wo es am mächtigsten ist, und es ist am mächtigsten in der Macht Hitlers. Trennt Euch rechtzeitig von allem, was mit dem Nationalsozialismus zusammenhängt!

Die Weiße Rose im Jahre 1943

Warum wird unsere Republik mit ihren Umweltproblemen nicht fertig?

I. Das Grundproblem

Einerseits hat die Bundesrepublik Deutschland sich zur Rechtsnachfolgerin des Reichs erklärt, das der NS-Verbrecherstaat war, **andererseits** betrachtet die Bundesrepublik Deutschland sich als neugegründete Demokratie, die auf keinen Fall die unseligen Traditionen im Geiste der Nazis fortführt.

Jede Neugründung erfordert eine gewissenhafte Überprüfung des Baugrundes, soll das Haus nicht auf Sand gebaut werden und plötzlich einstürzen, sondern auf festem Untergrund mindestens ein Jahrhundert stehenbleiben.

Was Rechtsanwälte und Richter von Mauern und Architekten selbstverständlich erwarten, nämlich daß das Bauwerk solide gebaut seinen Einwohnern zu jeder Zeit eine sichere und gesunde Unterkunft gibt, können wir leider nicht von den Juristen und Staatsrechtlern für unser Staatsgebäude Bundesrepublik Deutschland einklagen.

Nach einem Jahrzehnt fast fruchtloser Diskussion und unendlichen gutwilligen Bemühungen zahlreicher Bürger/innen müssen wir enttäuscht feststellen, daß das Verfassungsfundament der Großkraftwerke, Hochspannungsleitungen und Gasnetze auf einer betrügerisch verschwiegenen und von uns allen vergessenen juristischen Deponie des III. Deutschen Reiches steht. Das Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft vom 13. Dezember 1935, in der Fassung vom 29. Juli 1941, schamhaft auch Energiewirtschaftsgesetz/EnWG genannt, ist kein Altpapier, sondern eine Altlast mit einem erheblichem politischen Restrisiko für einen braunen Super-GAU.

Das Grundgesetz - die Basis unseres Handelns

Daß etwas grundsätzlich faul und korrupt ist mit der Legitimität dieses Staatswesens Bundesrepublik Deutschland, kann man schon daran erkennen, daß kein Richter oder Staatsanwalt der NS-Zeit jemals bestraft wurde. Das Recht wurde allein dadurch hunderttausendfach gebeugt. **"Furchtbare Juristen sind das Ende des Rechts gewesen und haben den Beginn der Demokratie bestimmt"** [I. Müller, Furchtbare Juristen, München 1987], obgleich die CDU im Jahre 1945 versprach: **"Das neue Deutschland soll auf der Grundlage des Rechtes aufgebaut und nicht nur ein Staat sein, der wie ein Moloch seine eigenen Bürger frißt... Die Regierung muß ständig unter der Kritik und Kontrolle der Bürger stehen..."** [K. Fischer, Politische Bildung, Stuttgart 1972]

Wir wollen eine demokratische Bundesrepublik allein auf den Grundlagen der Menschenrechte und des Grundgesetzes des Jahres 1949. Deshalb bereiten wir nicht Revolution und Hochverrat vor, sondern tun, was wir können, um den Staat besser zu machen. Deshalb kritisieren wir nicht nur, was an heute noch herrschenden Grundsätzen schlecht ist, sondern ermutigen, was wir für gut halten.

Deswegen haben wir gegen den Willen der Verbund-EVU die Städte Rottweil und Heidenheim mit dem Titel **"Freie Energiestadt"** ausgezeichnet, deshalb heben wir den einstimmigen Beschluß des Vorstandes des Bayerischen Städtetages vom Oktober 1986 heraus:

"weg von der Großtechnologie und hin zu kleinen dezentralen Einrichtungen".

Wir sehen es als staatspolitisch sehr wichtig an, daß die Kommunen bei ihrem Anspruch unterstützt werden, über die künftigen Modalitäten der örtlichen Energieversorgung selbst zu entscheiden. Wir begrüßen die energiepolitische Erklärung des Vorsitzenden des Vorstandes des Bayerischen Städtetages, des Landshuter Oberbürgermeisters Josef Deimer: Grundlage einer Partnerschaft der Städte mit den großen Energieversorgungs-Unternehmen/EVU müsse aber sein, daß die EVU von ihrer über Jahrzehnte gewachsenen *"Monopol-Mentalität"* Abschied nähmen.

Wir fühlen uns ermutigt und stimmen Herrn Deimer zu, wenn er sich weiter mit Nachdruck gegen den Versuch der bayerischen Staatsregierung wendet, die Städte wegen ihrer neuen Haltung zur Energieversorgung jetzt in die Ecke der Fortschrittsverweigerer zu drängen. Wir sehen es genauso wie der Vorstand des Bayerischen Städtetages, daß es zu dem sowohl im Grundgesetz als auch in der Bayerischen Verfassung garantierten Recht auf Selbstverwaltung der Städte gehört, die Energieversorgung ihrer Bevölkerung als Aufgabe des örtlichen Wirkungskreises nach eigenen Vorstellungen zu ordnen. Dieses Recht darf weder durch das Gemeinderecht noch durch das Energiewirtschaftsgesetz, noch durch das Strompreisrecht eingeschränkt werden.

Eine umfassende Regelung der sozialen Grundrechte ist im Grundgesetz nicht vorgenommen worden; es fehlt vor allem an einer grundrechtlichen Ordnung des Arbeitslebens, die Wörter Energie oder Energiewirtschaft kommen nicht vor. Mit dem Grundgesetz gibt es eine neue Rechtsgrundlage, die aber nicht greifen kann, weil der die Energiewirtschaft maßgeblich formende Führerbefehl vom 29. Juli 1941 - siehe Seite 5 - über dem Grundgesetz stehen blieb. Das haben wir zunächst dem ehemaligen Vorsitzenden des Parlamentarischen Rates und späteren Bundeskanzler Dr. jur. Konrad Adenauer mit seinen engen verwandtschaftlichen Beziehungen zum RWE zu verdanken und der Verharmlosung der Rolle der Justiz zum NS-Herrschaftssystem.

Die Zukunft hat schon begonnen, während die Vergangenheit noch nicht bewältigt ist. Im Energie- und Umweltbereich der Bundesrepublik Deutschland gibt es drei Testamente, die als Struktur die Zukunft unserer Gesellschaft formen: Das Alte Testament, das Neue Testament und das Testament Hitlers [letzteres wurde am 30. April und 1. Mai 1945 als Funkpruch in Flensburg empfangen]. Wir müssen endlich verstehen lernen:

Die Wahl der Technologie ist die Wahl der Gesellschaft.

Paragraph 1 Abs. 2 des Gesetzes zur Förderung der Energiewirtschaft muß umgehend ersatzlos gestrichen werden!

Die formelle Notwendigkeit

Ein Gesetz ist eine *"allgemeine, unpersönlich formulierte Rechtsvorschrift, nach der die Staatsbürger und die Behörden handeln sollen"*. [siehe Brockhaus 1961] *"Das Energiewirtschaftsgesetz [Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft] ist aufgrund des Gesetzes über die Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 im Bundesgesetzblatt Teil III, Gliederungsnummer 752-1, neu veröffentlicht worden. In dieser Sammlung werden Bezeichnungen, die den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr entsprechen, und Textteile, die nicht mehr gültig sind, in Kursivdruck wiedergegeben."* *1)

*1) 12.1.87: *2) 28.1.87:

*3) 9.4.87: *4) 2.6.87:

:Antworten der Bundesregierung auf Fragen
des MdB Katrin Fuchs/SPD aus Verl/Westf.

Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft vom 13. Dezember 1935

§ 1 *

- (1) Die deutsche Energiewirtschaft (Elektrizitäts- und Gasversorgung) untersteht der Aufsicht des *Reichs*.
- (2) Die Aufsicht übt der *Generalinspektor für Wasser und Energie* aus.

* § 1 Abs. 2: I. d. F. d. Abschn. 1 Abs.2 Erl. v. 29.7.1941 I 467

Der Generalinspektor für Wasser und Energie ist kursiv gedruckt. Einer der beiden oben genannten Gründe für den Kursivdruck trifft auf ihn zu:

*"Die Bestimmung des Paragraph 1 Abs. 2 Energiewirtschaftsgesetz, wonach die Aufsicht über die Elektrizitäts- und Gasversorgung vom Generalinspektor für Wasser und Energie ausgeübt wird, ist... heute gegenstandslos, *1) das Amt des Generalinspektors ist, wie andere Reichseinrichtungen, nach 1945 weggefallen." *2)*

In der Sammlung des Bundesrechts vom 10. Juli 1958 sind die dem Paragraphen 1 folgenden Paragraphen mit Sternchen versehen, um sie entweder als gegenstandslos, ausgelassen oder aufgehoben zu kennzeichnen. In diesen Fußnoten ist für jeden Paragraphen gesondert der Kursivdruck erklärt. Der Paragraph 1 ist ebenfalls mit einem Sternchen versehen. In der Fußnote befindet sich weder die Erklärung des Kursivdrucks, noch irgendein Hinweis auf *"gegenstandslos"*, *"ausgelassen"*, *"weggefallen"* oder *"aufgehoben"*. Im Gegenteil, **die Fußnote weist eindeutig darauf hin, daß der Führerbefehl vom 29. Juli 1941 in vollem Umfang gültig ist:**

*** § 1 Abs. 2: I. d. F. d. Abschn. 1 Abs. 2 Erl. v. 29.7.1941 I 467**

I. d. F. d. Abschn. 1 Abschn. 1 Abs. 2 Erl. v. 29.7.1941 I 467 ist im Klartext der **Führerbefehl vom 29. Juli 1941**, welcher lautet:

"Mit Rücksicht auf die besonderen Erfordernisse des Krieges und die Notwendigkeit einheitlicher Planung im großdeutschen Raum bestelle ich zur Führung und Neuordnung des Energieausbaues und der Energie- und Wasserwirtschaft einen

Generalinspektor für Wasser und Energie.

*Er hat in seinem Geschäftsbereich die Stellung und Befugnisse eines Reichsministers und eines preußischen Ministers. Seine Behörde ist Oberste Reichsbehörde und Preußische Oberste Landesbehörde... Die Zuständigkeiten des Reichswirtschaftsministers auf dem Gebiet der Energiewirtschaft besonders nach dem Gesetz zur Förderung der Energiewirtschaft (Energiewirtschaftsgesetz) vom 13. Dezember 1935 (RGBl. I S. 1451) gehen auf den Generalinspektor für Wasser und Energie über.*4)..."*

Die Feststellung: *Die Energieaufsicht [ist] 1941 durch Erlaß des Reichskanzlers - dies war Adolf Hitler - vom Reichswirtschaftsminister auf den Generalinspektor für Wasser und Energie übertragen worden *3)*, verschweigt, daß durch diesen Führerbefehl der Reichsminister des Innern aus der Energieaufsicht der Kommunen ersatzlos entfernt wurde, und soll suggerieren, daß das Gesetz eine rechtstaatliche Schöpfung ist. Doch die definitiv letzte Sitzung des Reichskabinetts fand am 5.2.1938 statt. [vgl. Martin Broszat: Der Staat Hitlers, dtv 4009] Albert Speer, der letzte, der das Amt des Generalinspektors für Wasser und Energie bekleidete, sagte vor dem Nürnberger Tribunal:

"Hitler war die Vereinigung einer unvollstellbaren Macht in einer Person."

Der Jurist Ernst Fraenkel hielt heimlich während des III. Reiches fest:

"Der nationalsozialistische Staat verdient nicht nur wegen seiner extrem willkürlichen Machtausübung Beachtung, sondern auch wegen der Methoden, die er bisher erfolgreich anwandte, um Willkürherrschaft und kapitalistische Wirtschaftsordnung miteinander zu vereinen."

[E. Fraenkel "Der Doppelstaat", Frankfurt 1984]

Die materielle Notwendigkeit

Allein die Tatsache, daß der Reichsminister des Innern mit dem Führerbefehl vom 29. Juli 1941 aus der Energieaufsicht der Kommunen entfernt wurde und dieses von der Bundesregierung sorgfältig verschwiegen wird, spielt bei den jetzt überall anstehenden Verhandlungen über Konzessions- und Stromlieferungsverträge eine erhebliche materielle Rolle. Die Zerstörung des rechtstaatlichen Schutzes der Kommunen durch den Führer Adolf Hitler *5) *8) und die Verharmlosung dieses Tatbestandes durch die Regierungen haben schwerwiegende Schäden zur Folge. Die Verträge, die im Anschluß an die spätestens im Jahre 1995 auslaufenden Verträge zwischen den Energieversorgungsunternehmen und den öffentlichen Gebietskörperschaften schon in diesen Jahren für weitere 20 Jahre geschlossen werden, stehen auf einer privatrechtlichen Grundlage. Somit werden Hoheitsrechte in den privatrechtlichen Sektor verschoben mit allen Konsequenzen der legalisierten Form der öffentlichen Korruption.

Wenn die Bundesregierung der Ansicht ist, die Streichung des Begriffs "Generalinspektor für Wasser und Energie" sei nur eine rein redaktionelle Anpassung des Gesetzes *3), sollte sie die Streichung unverzüglich vornehmen; schon um der Jugend und dem Ausland jeden ernststen Zweifel zu nehmen, daß sie die Willkür, sorgfältig in Rechtsförmlichkeit gekleidet, beschützt.

Jeder säende Bauer weiß aus Erfahrung: *"Die Natur der Form ist entscheidender als die der Stoffe"*. [Aristoteles] Geht es um Atomwaffen, so fordert der Bayerische Ministerpräsident Dr. F.J. Strauß nämlich *"höchste sprachliche und begriffliche Genauigkeit"*. [WDR am 15. 5. 1987]

Wir fordern die sofortige Tilgung des Führerbefehls!

Diese Forderung ist nicht neu aber immer dringlicher. Das Präsidium des Städtetages hat sie im Jahre 1948 erarbeitet und als Antrag an die Parlamente, Ministerpräsidenten, Innen- und Wirtschaftsminister der Länder der britischen und amerikanischen Besatzungszone und an die zuständigen Organe des Vereinigten Wirtschaftsgebietes geschickt:

"Die Energieaufsicht wird im Vereinigten Wirtschaftsgebiet [brit. und amerikanische Zone, Erläuterung des Verfassers] zur Zeit vorläufig von der VfW [Verwaltung für Wirtschaft] und den Landesministerien aufgrund von "Ländervereinbarungen" geführt, die im Mai 1947 ausgearbeitet, zunächst nur bis zum 31.3.1948 gelten sollten, jetzt aber auf ein weiteres Jahr bis zum 31.3.1949 verlängert worden sind. Der Deutsche Städtetag hat bereits wiederholt zum Ausdruck gebracht, daß diese Regelung von den an der Energiewirtschaft maßgeblich beteiligten Gemeinden nur als eine durchaus vorübergehend gedachte Notlösung mit engst beschränkter Geltungsdauer hingenommen werden könne; er hat die alsbaldige Schaffung neuer, unserem heutigen demokratischen Staatsaufbau und Verwaltungsrecht gemäßer gesetzlicher Grundlagen als nicht länger hinausschiebbar bezeichnet. Es ist ihm hierauf von der VfW mitgeteilt worden, daß alle derartigen Vorarbeiten "mit Rücksicht auf die katastrophale Lage in der Energiewirtschaft und die dadurch bedingten Notmaßnahmen einstweilen (auf nicht näher bezeichnete Frist) zurückgestellt worden seien".

Der Deutsche Städtetag verkennt Umfang und Bedeutung der derzeitigen technischen Schwierigkeiten in der Energiewirtschaft keineswegs und hat volles Verständnis dafür, daß ihre baldige Behebung mit allen Mitteln angestrebt wird. Aber der Rechtsnotstand auf dem Gebiete der Energieaufsicht ist mindestens ebenso groß und seine alsbaldige Behebung darf hinter den technischen Tagessorgen nicht zurücktreten. Gerade der Behandlung der Energiewirtschaft und ihrer weittragenden volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme von im wesentlichen technischen Gesichtspunkten aus hat entscheidend zu einer oft recht einseitigen und mit unserer

*5)[siehe Schreiben des Deutschen Gemeindetages v. 12.10.1940 an den Reichsinnenminister]

heutigen Rechtsauffassung keineswegs vereinbaren Handhabung der Energieaufsicht geführt. Sie kann und darf nicht länger in der bisherigen, aus dem totalen Staat überkommenden, rein zentralistisch eingestellten und jeder wirkungsvollen parlamentarischen Kontrolle entzogenen Form fortgeführt werden. Rechtsgrundlage der Energieaufsicht ist auch heute noch, drei Jahre nach dem Zusammenbruch, das 1935 erlassene Energiewirtschaftsgesetz, aber nicht einmal in seiner damaligen ersten Form, die bereits der Ausdruck einer überspitzt zentralistischen Wirtschaftslenkung des totalitären Staates war, sondern in der Fassung, die es erst im letzten hemmungslosesten Stadium des NS-Staates unter dem Vorschieben kriegswirtschaftlicher Gesichtspunkte fand."

[Zeitschrift "DER STÄDTETAG", Sept. 1948]

Neun Jahre später, am 27.7.1957, beauftragt der Bundestag die Bundesregierung, den Entwurf eines neuen Energiewirtschaftsgesetzes mit größtmöglicher Beschleunigung vorzulegen. Warum wurde der Antrag bis heute - 30 Jahre später - nicht ausgeführt, tut die Bundesregierung so, als sei das völlig unnötig und abwegig? *4)

Abbruch des III. Deutschen Reiches und Neuanfang

Die brutale Ausmerzung dem Rechtsgedanken verpflichteter Juristen während der NS-Zeit, die bevorzugte Wiedereinstellung ihrer Gegner in Staatsdienste nach Gründung der Bundesrepublik führte zum nicht wieder gutzumachenden Verlust an Rechtskultur. Wegen dieser andauernden Erblast hat Karl Jaspers uns immer wieder dringend ermahnt, radikal Abstand zu *"nehmen vom Dritten Reich und von allem, was es ermöglicht hat. Hier darf es keine Kontinuität geben, denn Kontinuität bedeutet hier Weiterwirken des Giftes, Vorbereitung neuen Unheils. Notwendig ist Abbruch der Kontinuität, Distanz, der Sprung zum neuen Anfang. Wir müssen eine für uns neue freie Staatlichkeit finden, in die wir hineinwachsen durch Wandel unseres politischen Ethos."* Ein "... Sichklammern an eine falsche Kontinuität bringt unausweichlich eine Unwahrhaftigkeit in das neue, doch auf Wahrheit und Freiheit gehende Leben." *6)

Jaspers sah ganz klar: **"Zu einer Neugründung wäre es dringend nötig, alles, aber auch alles, was an Gesetzen und Institutionen aus dem Reich, sofern sie nach 1933 entstanden sind, übernommen wurde, grundsätzlich einer Neuprüfung zu unterziehen. Was einer neuen Bestätigung bedarf, kann nicht global vollzogen werden..."**

Die Neugründung eines deutschen Staates verlangt auch die Nachprüfung aller Anstellungen, Ernennungen, Berufungen von Personen, die seit 1933 erfolgt sind... Daß die Herren "keinen Anlaß gesehen haben", beweist doch nur ihre Einsichtslosigkeit. Daß sie nichts getan haben, beweist ihr Versäumen. Einsicht sollte endlich gewonnen, das Versäumte nachgeholt werden... Seit 1945 war die Frage: Wird jetzt ein deutscher Staat geboren aus einer Umkehr des politischen Bewußtseins der Staatsmänner und der Bevölkerung? Oder wird er ein äußerlich gefügtes Ordnungsgebilde sein ohne Ursprung in den Herzen und Köpfen des Volkes, ohne eine neue politische Gesinnung?

Diese Entscheidungsnotwendigkeit mußte am Anfang, muß heute und immer wieder grundsätzlich durchdacht und praktisch vollzogen werden. Alles "Glück" durch die Situation, daß der freie Westen uns gegen den Osten brauchte, alle Geschicklichkeit, diese Situation auszunutzen, alle Tüchtigkeit bei der schnellen Erzeugung des Wirtschaftswunders konnten als solche diese Entscheidung nicht bringen. In ihnen lagen vielmehr Tendenzen, die Grundentscheidung beiseitezuschieben. Die Aufgabe der Neugründung konnte vergessen werden. Die Folge war ein Fortdauern traditioneller Gedanken und Gefühle, ein Konglomerat von Denkklišees, im ganzen ein Treibenlassen. Aber unsere Zukunft ist in dieser Entscheidung gegründet. Seit 1945 bis heute ist es unverändert notwendig, sie zu erkennen, sie zum klaren Bewußtsein zu bringen und ihr nicht auszuweichen.

*6) [Karl Jaspers, *Wohin treibt die Bundesrepublik?* München 1966]

Wir vollziehen sie aktiv zu einem Staat wachsender Freiheit hin, in dem uns ein politisches Ethos verbindet, oder wir lassen sie passiv, unbemerkt über uns vollziehen durch den Gang der Dinge dorthin, wo wir nur noch Spielball und selber nichtig sind...

*Die führenden Politiker der Bundesrepublik sind intelligent, sie sehen und denken mehr, als sie zu sagen wagen. Weil sie aus ihrem besseren Wissen nicht die Konsequenzen ziehen, verstricken sie sich in ein Netz von Illusionen. Illusionen, die sie am Ende auf Gegenseitigkeit und durch Gewohnheit selbst glauben. Warum sagen sie nicht die Wahrheit? Sie wollen nicht ihr politisches Dasein riskieren. Doch der Einsatz seines Daseins ist das Kriterium für den Ernst des Politikers." *6)*

Die Abkehr vom Nazistaat

Der Abschied vom Nazistaat muß für uns Deutsche einen noch nie dagewesenen Einschnitt bedeuten, andernfalls fallen wir in das Furchtbare wieder zurück. Das bedeutet: *"Ein Weiterleben nach dem Nazistaat setzt eine geistige Revolution voraus, eine sittlich-politische Revolution auf geistigem Grunde. Nur wenn man entschlossen ist anzuerkennen, daß die Kontinuität hier unterbrochen ist ... kann man ... heute politisch vernünftig reden." *6)*

Im Politischen kann Wille gegen Wille stehen. Der absolut programmierte Wille totalitärer Monopole aber führt über die Logik "wer nicht für mich ist, der ist wider mich" zielstrebig unter Einsatz aller verfügbaren Mittel zur Zerstörung von Mensch und Natur. Von Adolf Hitler, dem Schöpfer des herrschenden Energiemonopols, wissen wir, daß er bei seinem Scheitern bereit war, das ganze deutsche Volk mit sich in den Abgrund zu reißen und Deutschland als Wüste zu hinterlassen. Einen solchen Willen können wir nicht widerlegen, sondern müssen ihn in Ketten legen. Jaspers sagt: *"Diese Ketten kommen am Ende nur aus den wirksamen Überzeugungen der Völker. Wenn diese versagen, bricht das Verhängnis des Bösen ein. Ich sehe einen pseudo-politischen Betrieb, der dem Ernst politischen Willens, wenn dieser nur auftritt, nicht widerstehen könnte..." *6)*

Wer eine Versöhnung zwischen Ökologie und Ökonomie will, muß erkennen:

Solange die Verfassung der leitungsgebundenen Energiewirtschaft der Bundesrepublik Deutschland verwurzelt ist im Führerprinzip des "Größten Führers aller Zeiten" Adolf Hitler, kann grundsätzlich kein Frieden mit Mensch und Natur geschlossen werden.

Man muß wissen, daß der Gesetzgeber für viele Bereiche des öffentlichen Lebens das Ende des II. Weltkrieges erklärt hat, jedoch für den Energiebereich nicht. Der II. Weltkrieg kann nur siegreich zuendegeführt werden, wenn der Generalinspektor für Wasser und Energie genügend atomare Power hat. *"Der Nazistaat war ein Verbrecherstaat, nicht ein Staat, der auch Verbrechen begeht" *6)*

Der Verbrecherstaat

Ein Verbrecherstaat erkennt prinzipiell kein Recht an. *"Was er in einer Flut von Gesetzen hervorbringt, ist ihm ein Mittel zur Beruhigung und Unterwerfung seiner Menschenmassen, nicht etwas, was er selber achtet und einhält. Was er will, ist Verwandlung der Menschen selber durch Gewalt, die die Menschheit im Ganzen unterwirft, geführt von irgendwelchen Vorstellungen vom Menschen, die in der Tat das Menschsein aufheben. Sein Prinzip bezeugt er durch Ausrottung von Völkern, die gemäß seiner Entscheidung keine Daseinsberechtigung auf der Erde haben sollen..."*

Den Verbrecherstaat als Verbrecherstaat klar vor Augen zu haben, ist die Voraussetzung jeder weiteren Argumentation. Hier handelt es sich nicht um Meinungsverschiedenheit. Hier wirkt ein Kampf im staatlich-sittlichen Grundwillen selber." *6)

Wer sich mit Karl Jaspers' Lebenserfahrungen beschäftigt, vermag leicht einzusehen, wie notwendig unser uneingeschränkter Wille ist, die energiepolitische Kontinuität zum Verbrecherstaat endlich abubrechen und die Chancen für eine Neugründung wahrzunehmen. Das ist die Voraussetzung, wenn wir eine Zukunft haben wollen. Das hat mit Meinungsverschiedenheiten nichts zu tun, sondern mit Verschiedenheiten der Gesinnung und Denkungsart. *"Diese müssen miteinander reden, so gut sie können. Die können aber nicht allein durch rationale Gründe sich beikommen, sondern nur in der tieferen Kommunikation, in der der Mensch des Menschen selber ansichtig und seiner selbst bewußt wird."* *6)

Hitlers Testament zerstört unsere Demokratie

Aus der furchtbaren Erfahrung mit der gerade überwunden geglaubten Hitlerei verabschiedete am 25. April 1945 die in San Francisco zusammengetretene Generalversammlung der neugegründeten Vereinten Nationen eine allgemeine Erklärung über die Menschenrechte: *"Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt; dieser Wille muß durch periodische und unverfälschte Wahlen mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht bei geheimer Stimmabgabe oder in einem gleichwertigen freien Wahlverfahren zum Ausdruck kommen."*

Dem steht die Rechtskonstruktion, auf deren Verfassungsbasis das Energiewirtschaftsgesetz weiterhin wirkt, diametral entgegen. Der dem III. Deutschen Reich verantwortliche *Generalinspektor für Wasser und Energie* übt immer noch die gesetzliche Aufsicht aus; *"für die Ausführung... [sind] die Länder zuständig"*. *4) Denn *"das [III.] Deutsche Reich hat ja nicht kapituliert sondern die Deutsche Wehrmacht!"* *7)

Daraus folgt: **Wie Bundesrecht Landesrecht bricht, bricht Reichsrecht Bundesrecht.**

Der Generalinspektor für Wasser und Energie als mächtiger Vollstrecker von Adolf Hitlers Testament ist somit eine verfassungspolitische Wunderwaffe gegen jegliche Form der Demokratie, ein "Unkraut-Ex" gegen die Menschenrechte. Unsichtbar und wirkungsvoll wie ein AIDS-Virus, bis vor kurzem nur wenigen Spezialisten bekannt. Ein ferngesteuertes, unbemanntes, faschistisches U-Boot modernster Rechtstechnologie, atomar nachgerüstet, einsatzklar in unser Recht abgetaucht auf Befehl Großadmiral Dönitz; die Verfassung des Atomstaates, die das Grundgesetz als Tarnung benutzt. *4)

[siehe Lutz Graf Schwerin von Krosigh, Es geschah in Deutschland... 1951]

"Man muß das denn ganz klar fassen, damit auch wirklich keine historischen Irrtümer entstehen" *7): Solange Hitlers Gesetzgebung weiterhin Inhalt, Stil und Form bestimmt, kann kein Ausstiegskonzept aus der Kernenergie realisiert werden, geht es direkt ab in den Atomstaat. Das Buschhaus-Votum im Juni 1984 und das Zurückbeordern der angeblich "nur ihrem Gewissen verantwortlichen" Bundestagsabgeordneten aus ihren Sommerferien zum Nachsitzen, bis das auf dem Papier stand, was der Führer befahl, sind der zusätzliche Beweis, daß im Bereich der leitungsgebundenen Energiewirtschaft nicht partnerschaftliche Kooperation sondern Unterwerfung das Prinzip ist; von Hitlers Kommandostruktur geprägt. Befehl bleibt Befehl und duldet keinen Aufschub, auch nicht bis zum Ende der Parlamentsferien. Es ging eben nicht um Filter oder nicht Filter für die "Dreckschleuder der Nation", sondern um Sein oder Nichtsein der (unantastbaren?) Verfassungsgrundlage der Energiewirtschaft vom 29.7.1941. *4) Ganz schnell mußte das überwältigende (verfassungsgebende) Votum des Bundesgesetzgebers aus der Welt, sonst wäre Hitlers Energiebefehl gebrochen worden.

Der Geist derjenigen, die sangen *"Wir werden weitemarschieren, bis alles in Scherben fällt"*, wird auch angesichts des Vegetationssterbens nicht halten und umkehren.

*7)[Schleswig-Holsteinischer Landtag, 23. April 1985, # 10/926]

II. Die Kirchen und das Vegetationssterben

Exkurs 1

Durch die Doppelbedeutung des Wortes Logos [griech. "Wort"] als "Vernunft" und "Wort", ist das Wort die Bezeichnung des die urbildliche oder unsichtbare Welt in sich zusammenfassenden ewigen göttlichen Gedankens. Das göttliche Schöpferwort ist entstanden aus dem aus Gottes Willen hervorgetretenen göttlichen Gedanken, ist Urheber der Weltschöpfung und aller göttlichen Schöpferfähigkeit und Offenbarung in der Sinnenwelt, faßt die Gesamtheit der in der sichtbaren Welt wirksamen göttlichen Kräfte zusammen.

Exkurs 2

Während die Logik die Lehre von den allgemeinsten Formen des richtigen Denkens ist, liegt der Hauptmangel schon seit Aristoteles darin, daß die meisten Menschen und Institutionen nicht bis zu den letzten Wurzeln der Erkenntnis, bis zu dem ersten Ursprung des Begriffs und Urteils zurückgehen. Sie nehmen die Elemente der Erkenntnisse von vornherein als gegeben an und lehren dann nur, wie damit weiter zu operieren ist, wie etwa die einzelnen Erkenntnisse durch ihren Zusammenhang miteinander im System sich bewähren.

Diese Art Logik ist dogmatisch. Nicht nur die fundamentalen Begriffe gelten in ihr von vornherein als gegeben, sondern in den Begriffen zugleich die Dinge.

Die Befreiung von der Macht Konstantins ist überfällig

Unsere Frage vom 31. August 1985 an die EKD und Katholische Kirche Deutschlands [siehe Seite 13-15] ist weder aus sich heraus (von der Theologie her) noch von den Kirchen beantwortbar. Woran liegt das?

Die Theologie "*Griechisch, die Lehre von den Göttern, deren Geschichte und Verhältnis zur Welt und zum Menschen*", [Brockhaus, Leipzig 1898] ist nichts Christliches. Mit Konstantin dem Großen (285? - 337 n. Chr.) kam dieser Begriff in die von ihm geschaffene Amtskirche zur konstanten Beherrschung der Seelen seiner Untertanen und damit zur inneren Absicherung seines Weltreiches. Die zentrale Theologie wurde über den Geist der Lehre des Jesus von Nazareth gestülpt, um sie für die Zentralgewalt politisch zu neutralisieren und durch theologische Interpretationen nach und nach dienstbar zu machen. Damit wurde das Christentum zur macht- und besitzerhaltenden Staatsreligion gefälscht. Konstantin, "erster christlichlicher Kaiser der Erde", verehrte bis zum Tode den Sonnengott "Sol Invictus" und zog am 29.10.312 siegreich in Rom ein, weil er Sonne und Kreuz zu einem Zeichen vereint am Himmel sah. Er machte den Feiertag des Sonnengottes "Dies Solis" zum gesetzlichen Sonntag; seit ihm wird der 25. Dezember, der Geburtstag des unbesiegbaren Sonnengottes: "Sol Invictus", als Geburtstag Jesu-Christi gefeiert.

So wie metaphysische Einzel-Phänomene naturwissenschaftlich nicht erklärbar sind, da ein wesentliches Fundament der Naturwissenschaft ihre Reproduzierbarkeit ist, so sind die ökologisch unverantwortlichen Folgen des Zentralismus theologisch nicht erkennbar auf dem Grund der vorgeschriebenen Machtfundamente Konstantins.

Die gemeinsame Erklärung vom 31. Mai 1985, "*Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung*", [siehe auch Seite 13-15] stößt hart an diese Grenze, indem sie feststellt, die Bewältigung der Umweltprobleme sei eine gemeinsame Aufgabe, die bei allen ein verändertes Verhalten und ein neues Denken verlange.

Adolf Hitler - der Ur...enkel Konstantins

Seit dem 20. Mai 325 ist der Geist des Jesus von Nazareth unter imperialer Kontrolle. Für jedermann deutlich wurde ab diesem Tag feierlich im Kaiserpalast zu Nicäa die Abgrenzung der Seelen und ihre bedingungslose Dienstbarkeit gegenüber jedweder Obrigkeit ein für alle Mal im "Buch aller Bücher" eingetragen und damit bis heute immer weiter festgeschrieben. Die so geschaffene Amtskirche Konstantins, gut ausgestattet mit dem eingeführten Begriff und staatlichen Beruf der Theologie, konnte in Zukunft, jeweils im Wandel der Zeiten, die Aufgaben der Religionspolizei, so hieß damals der Geheimdienst, viel wirksamer wahrnehmen. Wer dagegen aufbegehrte, wurde bis in unsere Tage wegen Gotteslästerung schwer bestraft.

Es ist ein großer Fehler anzunehmen, die Kirchen seien schon immer für die Erhaltung der göttlichen Schöpfung eingetreten. Von den Kirchen selbst ist die dringend notwendige Unterstützung zur Bewahrung der Schöpfung nicht zu erhalten, da sie an die Formen der konstantinschen Institutionalisierung (z.B. die bedingungslose Unterwerfung unter jedwede Obrigkeit, Römer 13, 1-7 [siehe Seite 14]) gebunden sind. Das Stehenlassen von Römer 13, 1-7, als angeblich von Paulus stammend, bedeutet, daß auch in Zukunft jeder Kaiser, jeder Potentat und jeder Führer von Gott ermächtigt ist zu entscheiden, was gut oder böse ist. In der Tat ist dies jahrhundertlang das Lebensgefühl der Menschen gewesen. Die unbewältigte Kirchengeschichte wird weiter Unschuldige hart treffen, so wie die Kinder derjenigen, die, von Profis verführt, auf einer vergifteten Mülldeponie ihr Haus bauten.

Die Verurteilung der Juden durch die Ev. Kirche

Die noch gültige kirchenamtliche Bekanntmachung vom 17.12.1941:

"Die nationalsozialistische deutsche Führung hat mit zahlreichen Dokumenten unwiderleglich bewiesen, daß dieser Krieg in seinen weltweiten Ausmaßen von den Juden angezettelt worden ist. Sie hat deshalb im Innern wie nach außen die zur Sicherung des deutschen Lebens notwendigen Entscheidungen und Maßnahmen gegen das Judentum getroffen.

Als Glieder der deutschen Volksgemeinschaft stehen die unterzeichneten deutschen Evangelischen Landeskirchen und Kirchenleiter in der Front dieses historischen Abwehrkampfes, der u.a. die Reichspolizeiverordnung über die Kennzeichnung der Juden als der geborenen Welt- und Reichsfeinde notwendig gemacht hat, wie schon Dr. Martin Luther nach bitteren Erfahrungen die Forderung erhob, schärfste Maßnahmen gegen die Juden zu ergreifen und sie aus deutschen Landen auszuweisen.

Von der Kreuzigung Christi bis zum heutigen Tage haben die Juden das Christentum bekämpft oder zur Erreichung ihrer eigennützigen Ziele mißbraucht oder verfälscht. Durch die christliche Taufe wird an der rassischen Eigenart eines Juden, seiner Volkszugehörigkeit und seinem biologischen Sein nichts geändert. Eine deutsche Evangelische Kirche hat das religiöse Leben deutscher Volksgenossen zu pflegen und zu fördern. Rassejüdische Christen haben in ihr keinen Raum und kein Recht. Die unterzeichneten deutschen Evangelischen Kirchen und Kirchenleiter haben deshalb jegliche Gemeinschaft mit Judenchristen aufgehoben. Sie sind entschlossen, keinerlei Einflüsse jüdischen Geistes auf das deutsche religiöse und kirchliche Leben zu dulden."

Unterschrieben von den Landesbischöfen bzw. Landeskirchenpräsidenten von Anhalt, Hessen, Mecklenburg, Sachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen und dem Vorsitzenden der evangelisch-lutherischen Kirche von Lübeck.

Die Nordelbische Landeskirche, die Rechtsnachfolgerin der Evangelischen Landeskirche von Schleswig-Holstein ist, erhielt zum 30. Jubiläum des Partnerschaftsvertrages mit der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung, dem 23. April 1987, von mir eine Aufforderung mitzuteilen, was mit der genannten Bekanntmachung vom 17.12.1941 geschehen ist. Vielleicht stünde es einer sich auf Jesus berufenden Organisation nicht schlecht an, während ihrer Feierstunde der unschuldigen Opfer des aus Machtinteressen verfälschten Christentums zu gedenken? Es ist heute wohl kaum zu früh, diese kirchenamtliche Verfügung aus der Zeit des (NS-Sonnen)-Hakenkreuzes mit Trauer und Bedauern in aller Öffentlichkeit zurückzunehmen.

Verbales Bedauern reicht nicht aus, wenn nicht gleichzeitig die Struktur, die solche Worte in Gottes Namen erfordert, mit Stumpf und Stiel aus ihrer Verankerung - der Bibel - gerissen wird. Bleiben die Schriftsätze aus den sehr dunklen Kapiteln der Kirchengeschichte festgeschrieben und damit weiter gültig, können sie unversehens weitere Generationen ins tiefste Unglück stoßen! Soll man sich später auf uns berufen können mit den Worten: Selbst die Menschen, die damals in der Demokratie lebten, waren für die Bekanntmachung vom 17. 12. 1941, haben an Römer 13, 1-7 nicht gerührt! **Verbales Bedauern reicht nicht aus!**

Genau zwei Jahre vor der 30-Jahresfeier des Partnerschaftsvertrages hat die Schleswig-Holsteinische Landesregierung zugegeben, daß der von Hitler geschaffene *Generalinspektor für Wasser und Energie* seine inneren zerstörerischen Antriebe und gestaltenden Formen mit größter Energie weiter hemmungslos entfalten darf, die Amtsbezeichnung inhaltlich bestimmend für das Recht ist. *7) *8)

Erinnern wir uns, was die EKD stolz zum Beginn des im Energiebereich bis heute noch nicht beendeten II. Weltkrieg durch ihre kirchlichen Würdenträger erklären ließ:
- 2. September 1939 - ***"Die deutsche evangelische Kirche... (hat) zu den Waffen aus Stahl... unüberwindliche Kräfte aus dem Worte Gottes gereicht... So vereinigen wir uns auch in dieser Stunde mit unserem Volk in der Fürbitte für Führer und Reich"***.

Nach dem Überfall auf die Sowjetunion erhielt Hitler am 30. 6. 1941 ein langes, ihn sehr ermutigendes Telegramm, in dem steht: *"Der Geistliche Vertrauensrat der Deutschen Evangelischen Kirche, erstmalig seit Beginn des Entscheidungskampfes im Osten versammelt, versichert Ihnen, mein Führer, in diesen hinreißend bewegten Stunden aufs neue die unwandelbare Treue und Einsatzbereitschaft der gesamten evangelischen Christenheit des Reiches... Das deutsche Volk und mit ihm alle seine christlichen Glieder danken Ihnen für diese Ihre Tat."*

Die Schriftgelehrten, die sich so oft auf Jesus berufen, wußten, für wen und wozu sie ihn mit theologischer Rabulistik mißbrauchten. Viereinhalb Jahre vorher, am 20. November 1936, ermunterten die evangelischen Landesbischöfe die Nazis öffentlich:

"Wir stehen mit dem Reichskirchenausschuß hinter dem Führer im Lebenskampf des deutschen Volkes gegen den Bolschewismus... Wir werden unsere Gemeinden unermüdlich aufrufen zum vollen Einsatz der christlichen Kräfte in diesem Kampf in der Gewißheit, daß damit dem deutschen Volk der wertvollste Dienst geleistet wird."

"Hitler (hatte) ehe er an die Macht kam, genau entworfen, was er danach tat. Aus seinen frühen Aufzeichnungen und Reden" konnte man wissen, "daß er sich zwei Ziele gesetzt hatte, nämlich die Eroberung von Raum und die Entfernung der Juden, daß ihm der Staat nur Mittel zu diesem Zweck war..."

[E. Jäckel, Hitlers Herrschaft, DVA 86]

*8) [DIE STROMDIKTATUR, N. Eckardt, M. Mainerzhagen, U. Jochimsen, Hamburg 1985]

Brief

An den Vorsitzenden der
Deutschen Bischofskonferenz
Kardinal Höffner

An den Vorsitzenden des Rates des
Evangelischen Kirche Deutschlands
Landesbischof Lohse

Betr.: Ihre gemeinsame Erklärung vom 31. Mai 1985
Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung

Sehr geehrte Eminenzen!

Wir begrüßen den Geist und den Wortlaut Ihrer gemeinsamen Erklärung, in der Sie feststellen, daß die Bewältigung der Umweltprobleme eine gemeinsame Aufgabe sei, die bei allen ein verändertes Verhalten und ein neues Denken verlange.

"Bloße Kurskorrekturen reichen längst nicht mehr aus. Wir müssen einsehen lernen, daß hinter der Umweltkrise letztlich unsere eigene Krise und unsere Unfähigkeit steht, in rechter Weise Verantwortung zu übernehmen... Anders als sonst in der Politik müßte Ökologiepolitik zuerst die Kunst des Notwendigen - und erst dann die Kunst des Möglichen sein".

Sie fordern eine neue Wirtschaftsweise auf der Grundlage des Eigenwertes der Natur; die Versöhnung zwischen Ökologie und Ökonomie, für die wir ein neues Wort geschaffen haben:

N a t u r w i r t s c h a f t

Denn zuerst war immer das Wort.

Siehe hierzu auch Einstellung, Werdegang und jetzige Handlungsweise der Atomwirtschaft, Energiewirtschaft und Finanzwirtschaft. Die tiefgreifende Umweltkrise, die aus Ihrer Sicht einen *"regionalen oder globalen Kollaps"* herbeiführen könnte, sei nicht *"blindes Geschick"* oder Naturkatastrophe, sondern Folge vom *"Versagen des Menschen"*. Sie empfehlen grundlegendes Umdenken, Mitmenschlichkeit, umweltbewußten Einfallsreichtum, verantwortliches staatsbürgerliches Engagement.

Wir sind Ihnen sehr dankbar für Ihre gemeinsame Erklärung, denn Sie betonen, daß Umweltverantwortung Sache des Einzelnen sei und demnach das Ökologieproblem eine ethische Herausforderung ist.

Weil diese ungeheuer lastenden Probleme keinen Zeitaufschub dulden, und - wie Sie ausdrücklich erklären - nur gemeinsam gelöst werden können, **bitten wir Sie höflichst und dringend zu überprüfen: welcher theologische Beitrag zur Umweltzerstörung geleistet wurde; und welcher hervorragende theologische Beitrag zur Umweltentlastung von den christlichen Kirchen geleistet werden müßte.**

Bei der systematischen Überprüfung der kirchlichen Software sind wir auf den **Umweltzerstörungsparagrafen Nummer 1 in der Bibel**, "dem Buch der Bücher", gestoßen: Das Neue Testament, Stuttgarter Keplerbibel, Ausgabe 1939:

Römer 13 Pflichten gegen die Obrigkeit

- 1 Jedermann unterwerfe sich der obrigkeitlichen Gewalt; denn es gibt keine Gewalt außer von Gott; die bestehenden Gewalten aber sind von Gott angeordnet.
- 2 Wer also sich der Gewalt widersetzt, der widersetzt sich der Anordnung Gottes; die sich aber dieser widersetzen, ziehen sich selbst ihr Strafgericht zu.
- 3 Die Obrigkeiten sind nicht ein Schrecken für die gute Tat, sondern für die böse. Willst du aber, daß die Obrigkeit für dich nicht zum Schrecken sei, so tue das Gute, und du wirst Lob haben von ihr.
- 4 Denn Gottes Dienerin ist sie, dir zum Guten; tust du aber das Böse, so fürchte sie; nicht umsonst trägt sie das Schwert; sie ist ja Gottes Dienerin, Rächerin zur Bestrafung für den, der das Böse tut.
- 5 Darum muß man ihr untertan sein, nicht nur um der Strafe, sondern auch um des Gewissens willen.
- 6 Aus diesem Grunde entrichtet ihr auch Abgaben, denn Diener Gottes sind jene, die gerade diesem Amte obliegen.
- 7 Gebet also jedem, was ihr schuldig seid: Steuer, wem Steuer, Zoll, wem Zoll, Ehrfurcht, wem Ehrfurcht, Ehre, wem Ehre gebührt.

Bemerkung Römer 13, 1-7: Es verdient Beachtung, daß Paulus diese Mahnungen niederschrieb als Nero Kaiser des römischen Weltreiches war."

Römer 13, 1-7 ist ein sehr strenges, kompromißloses Gebot und deshalb bequem für alle zentralistischen Systeme, namentlich für die totalitären. Die Jahrtausende alte Kirchengeschichte bietet genügend Anschauungsmaterial für Umwelt- und Menschenzerstörung.

Römer 13, 1-7, ein höchst problematischer "Einschub", von dem der damalige Bischof von Berlin und Brandenburg, Otto Dibelius, schon vor einem Menschenalter wiederholt eindrücklich dargelegt hat, daß man die Stelle "nicht ohne weiteres in die sonstigen Gedankengänge des Paulus einordnen darf, um sie dann danach zu interpretieren. Sie steht in den Briefen des Paulus einsam und allein". Und: "Man sollte offen zugeben, daß Römer 13, 1-7 überhaupt nichts spezifisch Christliches enthält". [Obrigkeit, Stuttgart 1963]

Jörk Zink schrieb: "Widerstand innerhalb unserer Demokratie ist nicht deshalb schwierig, weil wir nicht wissen könnten, was geschieht, sondern weil die meisten Bürger in unserem Land sich noch immer so verhalten, als regierten uns Fürsten, Könige und Kaiser von Gottes Gnaden. Wir nennen uns Christen. Wir fragen also, was der gewollt hat, nach dem wir heißen. Allzu lange hat man ihn mißbraucht als Garanten bestehender Ordnungen.

Er sagte einmal mit anderen Worten: Der Mensch ist nicht dazu da, in Ordnungen zu passen, sondern die Ordnungen sind so zu verändern, daß sie dem Menschen dienen. Eine Kirche, die das weiß, wird es ablehnen, der Hauspfaffe einer herrschenden Macht zu sein. Haben wir Leute der Kirche, vor allem die Seelsorger unter uns, darüber nachgedacht, was wir sagen wollen, wenn die ersten scheitern, die zweiten verzweifeln, die dritten in ihrer Tradition keinen Halt mehr finden, die vierten am geltenden Recht irre werden? Haben wir uns Gedanken gemacht darüber, was wir tun und sagen wollen, wenn das unwiderrufliche Ende des Lebens der Menschen auf diesem Planeten in Sicht kommt, und zwar durch die Schuld einer im Ursprung christlichen Zivilisation?"

Seit dem sauren Regen und dem "Krieg der Sterne" gilt nicht mehr die uralte Regel:
"Alles Gute kommt von oben".

Am Anfang war das Wort. **Da die Kirche keine andere bindende Autorität kennt als die der Heiligen Schrift, muß Römer 13, 1-7 vom obersten kirchlichen Verfassungsrang laut und deutlich heruntergestuft werden.** Erst dann ist eine ökologische Grundlage gelegt, kann herzliche Reue der Menschen wachsen, ein heilsames Bewußtsein sich entfalten, können kirchlich gebundene Christen die übermächtigen Institutionen in ökologische Schranken weisen.

In Ihrer gemeinsamen Erklärung "*Verantwortung wahrnehmen für die Schöpfung*" ist ein HOFFNUNGSSCHIMMER, der nicht übersehen werden darf:
"Bloße Kurskorrekturen reichen längst nicht mehr aus. Wir müssen einsehen lernen, daß hinter der Umweltkrise letztlich unsere eigene Krise und unsere Unfähigkeit steht, in rechter Weise Verantwortung zu übernehmen..."

Für Reue und Einsicht sollte es nie zu spät sein. Doch die kann nicht von außen kommen, nur von innen wachsen.

In diesem Sinne grüßen wir Sie freundlich und hochachtungsvoll

Ulrich Jochimsen, Vorsitzender
Vereinigung: "Holt den Flensburger Löwen zurück!"
Klaus-Groth-Str.12, 2390 Flensburg

Christa Leimbrink
Institut ENERGIE DEZENTRAL
Kurfürstenstr.15, 4830 Gütersloh

31. August 1985.

Auf diesen Brief haben wir bis heute, den 31. Mai. 1987, weder eine Bestätigung des Einganges, geschweige denn eine Antwort erhalten.

Ist die Technik noch wertfrei, so ist es die Form ihrer Anwendung, die Technologie, nicht mehr.
Die Technologie ist die politische Dimension der Technik.

Nicht die neuen Erkenntnisse der Naturwissenschaft und Technik, sondern deren begünstigte Anwendung durch zentralistische Strukturen - sprich: ihre Formung durch Zentralismus fördernde Symbolik (Gesetze) - macht das Leben der Menschen und das der wehrlosen Mitschöpfung zur Hölle. Wie den Mantel in der Theatergarderobe gegen ein Symbol - die Garderobenmarke -, so vertrauensselig liefern gläubige Christen ihre Verantwortung gegenüber der Schöpfung bei der Obrigkeit ab, und bekommen dafür Römer 13, 1-7 dargereicht. Aus dieser inneren Logik erwächst, im Ursprung vor langer Zeit zentralistisch programmiert, das Vegetationssterben in Mitteleuropa als Verfassungsproblem. Auf leisen und scheinbar unaufhaltsamen Sohlen schafft dieser Fortschritt Sachzwänge, die die einfachsten Regeln des Lebens, der Natur und Demokratie, verletzen.

Entsorgungsgespräch der Evangelischen Kirche mit dem RWE hinter verschlossenen Türen.

Die Aufforderung, an der von der Kirche organisierten Diskussion teilzunehmen als diejenigen, die seit Jahren die öffentliche Diskussion mitprägen, entnahmen wir dem fast einstimmigen Beschluß der Synode der nordelbischen Landeskirche vom 30.11.1986:

"Die Synode bittet alle an der öffentlichen Diskussion Beteiligten - Befürworter und Gegner der Nutzung der Kernenergie - die Auseinandersetzungen so zu führen, daß die gemeinsame Verantwortung aller für die Zukunft der Schöpfung deutlich sichtbar wird. Fragen, die Zukunft und Leben aller Menschen so unmittelbar betreffen, erfordern den offenen Dialog zwischen den unterschiedlichen Standpunkten..."

Wir haben alle in unserer Phantasie und Macht stehenden Möglichkeiten mobilisiert, um unseren Beitrag zur Veranstaltung der Evangelischen Akademie Iserlohn **Ist die Rekommunalisierung der Energieversorgung notwendig?** vom 6. bis 8. April 1987 leisten zu können. Dieses Gespräch fand zwischen dem RWE, den Umweltbeauftragten der Ev. Kirchen, der Ökologiekonsultation des Leiterkreises der Ev. Akademien, dem Wissenschaftlichen Beirat der EKD und dem Öko-Institut statt.

Uns ist eine Teilnahme rigoros verwehrt worden.

Die Aufforderung der Synode der nordelbischen Landeskirche vom 30.11.1986 hat die Veranstaltung in Iserlohn entweder nicht erreicht, oder aber sie ist eine Erklärung, die nicht für den innerkirchlichen Bereich gedacht ist, sondern für alle anderen, um jenen später jede Schuld an der Schöpfungsvernichtung zuweisen zu können.

Dieses Verhalten liegt in der theologischen Tradition der Kirchen. Daß die "christlichen" Kirchen immer bis zum Holocaust und Super-GAU mit den tonangebenden Wölfen heulen, hat einen verhängnisvollen Zusammenhang. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß sich die Gesprächsteilnehmer sofort darüber einig waren, daß niemand ein Protokoll über den Gesprächsverlauf, die Äußerungen und Argumente anfertigte.

Alle Christen, die den Kirchen angehören, sind durch den Imperativ, der im Römerbrief, Kapitel 13, 1-7, protokolliert ist, verurteilt, jedweder Obrigkeit untertan und zu Diensten zu sein. Die theologisch gebildeten Vertreter der Kirche auf der Iserlohner Tagung müßten am besten wissen, daß das dem Wesen und Auftrag Jesus Christus diametral entgegensteht.

Ein Schriftgelehrter der heutigen Zeit sagte zu Römer 13, 1-7:

"Der Apostel sei bei der Formulierung seiner politischen Imperative von allen guten Geistern, auf jeden Fall aber vom Heiligen Geist verlassen gewesen."

Auf der Veranstaltung, an der von insgesamt 27 Teilnehmern allein 10 vom RWE und ihrem Umfeld kamen, wurde auch ein Gottesdienst gehalten - allerdings nicht von einem Tagungsbeteiligten. Dieser Geistliche eröffnete die Anti-Atom-Diskussion vom Predigtstuhle aus, so daß keine sachliche Auseinandersetzung darüber möglich war. Das ist wahrlich nicht der Stil, in dem überlebenswichtige Probleme gelöst, geschweige denn die ihnen zugrundeliegenden verhängnisvollen und festgeschriebenen Strukturen erhellt werden können. Die Diskussion bleibt auf einer oberflächlichen, mit Emotionen aufgeheizten Ebene stehen. Mit der Wahl dieser Methode setzt sich die Kirche nicht für die Bewahrung von Gottes Schöpfung ein, sondern für die Bewahrung ihrer Macht und der Schöpfungen von RWE, DVG und Consorten.

Institut ENERGIE DEZENTRAL, Flensburg - Gütersloh - Murrhardt

Die Kirche und der Ausstieg aus der Atomenergie

Tiefer als irgendein anderes Ereignis seit dem II. Weltkrieg hat sich der Super-GAU von Tschernobyl in unser Gedächtnis eingegraben. Millionen Quadratkilometer Erdoberfläche wurden radioaktiv verseucht, Pflanzen, Tiere und Menschen vergiftet, - für etliche Hundert akut tödlich, für Hunderttausende jahrelange Krebsleiden bedeutend. Städte und Dörfer wurden unbewohnbar, ihre Bewohner heimatlos. Wälder und Seen, Wiesen und Felder, ein großes Gebiet fruchtbarsten Landes muß für lange Zeit abgesperrt bleiben. Unter staatlichem Zwang, mit unbezahlbaren menschlichen Opfern, wird ein Jahr nach dem Super-GAU dem noch glühenden Reaktor das heißeste Grab der Welt gebaut. Meterdicke Betonwände und Filter sollen so viel wie möglich der tagtäglich in die Luft entweichenden 100 Milliarden Becquerel abfangen. Mindestens mehrere Jahrhunderte muß das strahlende Gift von Boden und Grundwasser ferngehalten werden. Eine unverantwortliche Hinterlassenschaft für unsere Nachkommen. Die Menschheit lernt schmerzvoll: der Preis für das "Restrisiko" ist nicht bezahlbar.

Im November 1986 haben sich 95 Prozent der Synode der Evangelisch-Lutherischen Nordelbischen Kirche für einen möglichst baldigen Ausstieg aus der Kernenergie ausgesprochen. **Die Synode fordert "eine Entwicklung der rechtlichen Ordnung für solche Formen der Energiegewinnung, die schöpferungsverträglicher sind und die Menschen in ihren begrenzten Möglichkeiten nicht überfordern."** Obgleich "die Synode alle Verantwortlichen bittet, mit größtmöglichem Aufwand an Intelligenz und hohem Einsatz an Finanzmitteln Energiegewinnungsformen zu entwickeln, die der Aufgabe des Menschen, Schöpfung zu bewahren, entsprechen", haben die Verantwortlichen von EVU, CDU und CSU sofort die Gläubigen hart kritisiert, die Kirche scharf verwarnet. Sie wissen, daß sie mit Römer 13, 1-7 eine Macht in der Hand haben, die jede andere Macht bricht. Solange die Kirche an den antichristlichen Formen der Konstantinischen Wende aus dem Jahre 325 n. Christi festhält, muß sie im Geiste der jeweiligen Obrigkeit dienstbar bleiben, ob seinerzeit für den Kaiser und später Hitler oder heute als soziale Atomenergie-Entsorgerin.

III. Auf dem Weg zur Naturwirtschaft Das Kraftwerk im Keller

Mein Protest gegen das Atomkraftwerk Brokdorf ist das System **ENERGIEBOX** - man würde heute sagen, ein Konzept zum Ausstieg aus der Kernenergie. Vor zehn Jahren habe ich diese Studie zusammen mit dem Verfassungsrechtler Prof. Dr. Hans Rupp/Mainz und meinem langjährigen Freund Dr. Ing. Eike Schwarz, damals im Bundesministerium für Forschung und Technologie, im Auftrage des Hessischen Ministerpräsidenten verfaßt. Es wird in der Studie gezeigt, wie mit der Konzeption ENERGIEBOX soviel Primärenergie eingespart werden kann, wie es der gesamten deutschen Steinkohleförderung entspricht. Der Hessische Ministerpräsident gab sie bei mir direkt in Auftrag, nachdem der Hessische Wirtschaftsminister dieses abgelehnt hatte mit der Begründung: "*Da haben wir ein Gesetz, da gibt es nichts zu forschen!*" *4)

[*"Die Energiebox"* abgegeben beim Hessischen Ministerpräsidenten, Juni 1978]

Eine Energiebox ist eine kleine Motor-Generator-Einheit, die, in Wohnungen und Häuser statt Heizungsanlagen eingebaut, Strom erzeugt und mit der anfallenden Abwärme die Gebäudeheizung übernimmt. Betrieben werden Energieboxen mit dem Brennstoff, der sonst zur Heizung verwendet wird, zum Beispiel Heizöl oder Gas. Wohnungen, Häuser und Betriebe können über eigene Stromerzeugungsanlagen verfügen, so selbstverständlich wie Fahrräder, Autos und Schiffe seit langem. Fest über das vorhandene Strom-Netz miteinander verbunden, liefern sie

ihre Überschüsse zum gegenseitigen Nutzen. Wie heute Waschmaschinen und Geschirrspüler in großen Stückzahlen, werden morgen Energieboxen gebaut, vertrieben und in Wohnungen, Häusern und Firmen eingesetzt. Somit werden die Handwerks- und mittleren Industriebetriebe konkurrenzfähig und beliefern Märkte mit Produkten im menschlichen Maß. Weniger Gifte wären im Leben und in deren vielen Mitteln.

Anstatt neue, sehr teure und riskante Atomkraftwerke nach langer Bauzeit in Dienst zu stellen, könnte die benötigte elektrische Leistung und Arbeit mit Energieboxen sehr viel billiger, schneller und sicherer in Städten und auf dem Lande selbst erzeugt werden. Keine Milliarden-Beträge mehr für riesige Bauplätze, Hochspannungsleitungen in Wald und Flur, Tiefbau- und Kabelarbeiten in der Innenstadt, jahrelange unproduktive Zinskosten und Bürgerproteste!

Die Energieboxen könnten viel preiswerter vom Einzelhandel verkauft werden - wie Elektroherde oder Heizkessel - im eigenen Heizungskeller innerhalb weniger Stunden vom Handwerk eingebaut und in Betrieb genommen. Durch eine intelligente Steuerungstechnik über die örtlichen Stadtwerke produzieren sie immer dann elektrischen Strom, wenn dieser benötigt wird. Ein Zukunftsmarkt, so groß und wichtig wie die Automobilbranche heute. Sehr lukrative Geschäfte für Handel und Wandel werden möglich durch ein partnerschaftliches Verhältnis mit Energieversorgungsunternehmen, die allerdings Abschied von ihrer über Jahrzehnte gewachsenen "Monopol-Mentalität" nehmen müssen. Jeder, ob Bürger oder Firma, bekommt für seinen hausgemachten elektrischen Strom den gleichen Einspeise-Preis wie die Groß-EVU.

Anstatt großer Atomreaktoren - viele kleine Bioreaktoren

Geht es nach den Plänen von Bundesregierung und EG, sollen bis zum Jahr 2000 die Hälfte der heute noch selbständigen Bauern ihren Hof aufgeben. Die verbleibenden Landwirtschaftsbetriebe produzieren dann viel mehr als heute, um dasselbe wie heute zu verdienen. Die einst selbständigen Bauern werden zu chemieabhängigen Agrar-Industrie-Managern umfunktioniert. Die letzten Bauernhöfe kommen ins Freilichtmuseum. Was wegen zu hoher Chemie-Schadstoff-Konzentration der empfindliche Mensch nicht genießen kann, wird an robuste Maschinen verfüttert. (Biosprit für Automobile)

Wollen wir nicht früher oder später vollständig vergiftet werden, müssen wir erkennen, daß die zentralistischen Strukturen die Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten zu ihrer Machtentfaltung systematisch vom selbstbewußten Energieerzeuger zum abhängigen Energieverschwender umformten.

Der Bauer von morgen sollte, für seine Vorfahren noch selbstverständlich, wieder Überschußenergie produzieren - jedoch unter Anwendung neuer Technologien. Dieser Übergang zur Naturwirtschaft, der ökologischen Landwirtschaft, kann geschaffen werden, wenn bewährte Landmaschinenhersteller Geräte entwickeln, bauen, verkaufen und warten, die zur Stromproduktion, betrieben aus Bioabfällen, auf den Höfen eingesetzt werden. So bleiben die von Rationalisierung bedrohten Arbeitsplätze erhalten.

Bioreaktoren veredeln die bei der Landwirtschaft anfallende Biomasse, erzeugen in einer "Landwirtschaft im Dunkeln" der Mikrolebewesen hochwertigen, geruchsneutralen und giftfreien Öko-Dünger, sowie gleichzeitig Methangas. Aus diesem Methangas wird auf dem Bauernhof in Energieboxen elektrischer Strom erzeugt und zu Netzspitzenpreisen verkauft. Die dabei gleichzeitig anfallende Nah-Wärme wird zu Heizzwecken gebraucht, das teure Heizöl bzw. Gas wird ein für alle Mal vom Hof gejagt.

Bioreaktoren sind sofort wirtschaftlich durch einen Preis, der sonst für Stromlieferungen aus neuen Atomkraftwerken bezahlt werden muß. Eine solche gesetzliche, faire Marktregelung im sogenannten "öffentlichen" Stromnetz hat seit Anfang der 80er Jahre in den USA anstatt 96 projektierter Atomkraftwerke viele dezentrale Anlagen umweltfreundlicher Energieumsetzung ermöglicht.

Gründet Energie-Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften!

Seinerzeit hatte der frischgebackene Bundesumweltminister Walter Wallmann (CDU) erklärt: *"Wir sind nicht kernkraftsüchtig."* Wenn bessere Energieformen bekannt würden, die *"noch mehr die Gesundheit und die Umwelt schützen, nehmen wir sie sofort"*.

Diese besseren Energieformen gibt es schon längst. Um sie zahlreich, phantasievoll und vielseitig anwenden zu können, müssen die Bürger/innen dezentrale Strukturen gründen. Durch beständige Arbeit an diesen Themen versetzen sie sich in die Lage, die neuen Energieformen zu verstehen und aktiv in die Wirklichkeit zu befördern. Die Energie-Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaft e. G. ist hierbei ein hervorragend geeignetes Instrument.

Eine Erzeuger-Verbrauchergenossenschaft führt die Interessenten zusammen, die an der Herstellung und Verbreitung bzw. Vermarktung derselben Produkte interessiert sind. Es entsteht also eine Gruppe, die als eine Partnerin auf dem Markt auftritt. Auf diese Weise

- werden Wissen und Kenntnisse über die Herstellung von Strom in kleinen und kleinsten Anlagen in den Ort transportiert,
- entwickelt eine Gruppe von Bürgern ein hohes Verantwortungsbewußtsein für den häuslichen Umgang mit Energie und Strom,
- werden vor Ort Arbeitsplätze erhalten und geschaffen,
- wird die unheilvolle Abhängigkeit von den Zug- und Sachzwängen des monopolistischen, einzigen Einspeiseunternehmens unterbrochen; Marktwirtschafts- und Demokratieprinzipien können endlich Eingang finden in diesen überlebenswichtigen Produktionssektor.

Durch Energie-Erzeuger-Verbraucher-Genossenschaften wird ein neuer Markt für dezentrale Energieumwandlungsgeräte geschaffen. Gesunde Wirtschaftsstrukturen für Handel, Handwerk und Industrie können in ländlichen Regionen wachsen. Denn nur was sich im heimischen Markt bewährt, ist auch in fernen Ländern wettbewerbsfähig. So entstand Dänemarks neue Windmühlenindustrie mit 8000 Arbeitsplätzen in den letzten zehn Jahren. Das Agrarland von einst, bekannt für Butter, Käse, Eier und Schinken, exportiert jetzt Erzeugnisse mittelständischen Maschinenbaues zum Beispiel in das ferne high-tech-Land Kalifornien. Unser Zugang zu diesen lukrativen und rasch expandierenden Zukunftsmärkten ist nur mit einem neuen Energiekonsens auf dem Boden des Grundgesetzes zu realisieren.

Faire Wettbewerbsregeln schaffen eine beständige Grundlage für den zukünftigen häuslichen Umgang mit Energie und Umwelt.

Der Strom am Ort, billiger und rohstoffsparender produziert, muß nicht mehr aufwendig aus der Ferne herantransportiert werden. Die anfallende Abwärme, sonst den Fluß bzw. über riesige Kühltürme die Luft belastend, entlastet unsere Heizungsrechnung daheim.

Ulrich Jochimsen

Institut ENERGIE DEZENTRAL, Klaus-Groth-Str. 12, Flensburg, 31. Mai 1987

Für Jesus-Christus - gegen die Kirche Konstantins.

Für das Grundgesetz - gegen den Energiebefehl Hitlers.

Nur Leute, die nie dabei waren, wenn eine Mißgeburt ins Dasein trat, nie ihr Wimmern hörten, nie Zeugen des Entsetzens der armen Mutter waren, Leute, die kein Herz haben, vermögen den Wahnsinn der Atomspaltung zu befürworten.

Albert Schweizer



"Nach uns die Mutation", A. Paul Weber 1957